PB.Z-01-434

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Alexander Link (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 433 bis 434 einfügen:
Gemeinnützigkeitsregister und einfach handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur Offenlegung der Spendenstruktur.

Engagement und Ehrenamt als Säule der Gesellschaft angemessen anerkennen

Bürger*innenschaftliches Engagement und Ehrenamt sind auf vielfältige Art und Weise Stützen unserer Gesellschaft. Sie übernehmen zentrale Aufgaben, sind ein Gewinn für Gesellschaft und Umwelt und in unserer Demokratie nicht zu ersetzen.
Engagement und Ehrenamt müssen wir als systemrelevanten und innovativen Bestandteil von Daseinsvorsorge anerkennen, der jedoch nicht staatliche Aufgaben kompensieren kann.
Die Rolle des Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen statt es zu behindern. Dazu brauchen wir ein großes Engagement-Entbürokratisierungsgesetz in der kommenden Legislaturperiode, das auch die Themen „Inklusion“ und „Vielfalt“ aufgreift. Ebenso sollten Gesetzentwürfe künftig auf ihre Auswirkungen auf Engagement und Ehrenamt geprüft werden.
Die Förderpolitik wollen wir neu aufstellen: Eine Förderrichtlinie des Bundes für Engagement und Ehremat soll institutionelle Förderung gegenüber einer kurzfristigen Projektförderung ("Projektitis") hervorheben. Die neue Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) wollen wir in Partner*innenschaft mit der Zivilgesellschaft zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und dezentral Oranisationen in der Digitalisierung, Förderung von Diversity oder Lernen durch Engagement (Service Learning) unterstützt.
Anerkennung ist zentral für Engagement und Ehrenamt. Wir wollen daher zusammen mit Ländern und Kommunen eine bundesweit gültige Engagementkarte einführen, mit der beispielsweise in Schwimmbädern oder Kultureinrichtungen Vergünstigungen ermöglicht werden können. Ebenso soll damit vergünstigte oder kostenfreie ÖPNV-Nutzung möglich sein. Die Übungsleiter*innen- und Ehrenamtspauschale wollen wir sukzessive angleichen.

Begründung

Engagement und Ehrenamt sind zentrale Stützen unserer Gesellschaft und Demokratie und leisten beispielsweise einen Beitrag zu Daseinsvorsorge, der nicht zu ersetzen ist. Aktuell sehen wir das ja besonders in den Impf- und Testzentren usw.

Ein Wahlprogramm kann und darf dies nicht aussparen. Die Erwähnung des Gemeinnützigkeitsrechts und Demokratiefördergesetzes ist zwar wichtig und richtig, jedoch bruchstückhaft. Das spart viel zu viele Aspekte aus, die Engagierte in diesem Land viel stärker bewegen: Wo bekomme ich Unterstützung für meinen Verein her? Warum werden meine Projekte nur eins, zwei Jahre gefördert? Warum erhalte ich kaum Anerkennung für meine Arbeit? Warum der ganze bürokratische Papierkram?

Das sind Aspekte, die Engagierte und Ehrenamtliche wirklich bewegen und u.a. Erkenntnisse der letzten Jahre im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Bundestages (siehe https://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/eng).

Wir hatten zur Modernisierung der Engagementpolitik daher auch ein umfangreiches Impulspapier vorgelegt, siehe: http://www.alexlink.net/mitmachen-mitmischen-mitwirken-aufbruch-in-eine-moderne-zivilgesellschaft/

weitere Antragsteller*innen

Felix Bach (KV Braunschweig); Tobias Franz (KV Braunschweig); Johann Lukas Fetköter (KV Braunschweig); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Elisa Dittmann (KV Braunschweig); Andreas Tesche (KV Rostock); Mareile große Beilage (KV Braunschweig); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Anton Hensky (KV Braunschweig); Natascha Kauder (KV Frankfurt); Anne Johannsen (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Birgitta Tremel (Hannover RV); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Gordon Schnepel (KV Braunschweig); Laura Benning (KV Berlin-Pankow); Dave Tkaczyk (KV Braunschweig); Carolin Wedel (KV Esslingen); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Jörg Sauskat (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Karen Minna Oltersdorf (KV Braunschweig); Nina Wellenreuther (KV Mannheim); Tjark Melchert (KV Gifhorn); David Vaulont (KV Freiburg); Anna Christmann (KV Stuttgart); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Sebastian Pewny (KV Bochum); Inga Kretzschmar (KV Lippe); Thies Wiemer (KV Bielefeld); Lukas Weber (KV Heidelberg); Annette Reif (KV Tuttlingen); Nicolá Lutzmann (KV Heidelberg); Jan-Gerrit Keil (KV Berlin-Pankow); Jens Christoph Parker (KV Osnabrück-Stadt); Quentin Kügler (KV Leipzig); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick)